

Für die Kosten der Enteignungen könnten alternativ 220.000 Wohnungen gebaut werden

- **Enteignung schafft keinen Quadratmeter Wohnraum**
- **Politische Versäumnisse im Wohnungsbau der letzten Jahre sind hausgemacht**

Den Start des umstrittenen Volksbegehrens zur Enteignung privater Immobilienbesitzer mit mehr als 3.000 Wohnungen kommentiert **Marcus Becker**, Präsidiumsmitglied des Bauindustrieverbandes Ost, wie folgt:

„Nach dem investitionsunfreundlichen Verhalten der Berliner Koalition ist die Enteignungsdebatte ein erneuter Beweis für das Wiederentflammen sozialistischer Politiken in dieser Stadt. Die Initiative lenkt vom eigentlichen Problem und den politischen Versäumnissen ab. Denn jahrelang hat es der Senat unterlassen, ausreichend sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Bauland auszuweisen. Noch dazu haben diverse Bauvorschriften und langwierige Genehmigungsverfahren die Kosten in die Höhe getrieben und Bauzeiten verzögert. Die Folge war eine Verknappung des Angebots an Wohnraum, während die Nachfrage weiter stieg.

Das einzige Instrument zur Bekämpfung steigender Mieten ist der Neubau preiswerter Wohnungen. Die für die Enteignung veranschlagten 36 Milliarden Euro sollten daher in eine belastbare Wohnungspolitik investiert werden.

Gegenwärtig betragen die Baukosten für den kostengünstigen Mietwohnungsbau 2.200 EUR/m² brutto über alle Kostengruppen ohne Grundstück und Finanzierung.

Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 75 m² könnten rund 220.000 neue Wohnungen nach modernster Energiesparverordnung (EnEV) entstehen, die auch kostengünstig vermietet werden können.

Eine Enteignung schafft keinen Quadratmeter Wohnraum – im Gegenteil.“

Potsdam, 9. April 2019

Weitere Informationen unter www.bauindustrie-ost.de